

Pressemitteilung

Leipzig, 18. September 2020

Kommunale Arbeitgeber müssen ihrer Verantwortung gerecht werden und ernsthaft verhandeln

GEW Sachsen zur 2. Tarifrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ruft die kommunalen Arbeitgeber auf, bei den am Wochenende stattfindenden Tarifverhandlungen ihren Willen, sich zu einigen, durch ein ernstzunehmendes Angebot deutlich zu machen.

„Es wird Zeit, dass sich die Arbeitgeber bewegen. Wir alle kennen die schwierige Situation und es ist völlig unnötig, dass deren Vertreter zu den üblichen Ritualen greifen. Dass die Gewerkschaften vom Verhandlungstisch nicht aufstehen werden, ohne dass ein positives Ergebnis erzielt wird, wissen die Kommunen“, appelliert Uschi Kruse, Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und ihre qualifizierte Arbeit unverzichtbar sind. Die Erzieherinnen und Erzieher in Kitas und Horten haben selbst zu Hochzeiten der Pandemie mit Notdiensten dafür gesorgt, dass viele Eltern ihren Beruf ausüben konnten.

Bundes- und Landespolitik haben inzwischen Vorsorge für die finanzielle Ausstattung der Kommunen getroffen. Sie sind so in der Lage, die Forderungen der Gewerkschaften zu erfüllen und damit der Verantwortung für die Gestaltung ihrer Aufgaben in der Gegenwart und Zukunft nachzukommen.

Seit Jahren ist die personelle Situation in den sächsischen Einrichtungen der Kindertagesbetreuung angespannt. Hoch qualifizierte und motivierte Erzieher*innen werden in Zeiten der Pandemie und darüber hinaus händeringend gesucht. Um dem Fachkräftemangel entgegenzutreten, muss der öffentliche Dienst attraktiv bleiben: „Dazu gehören auch eine gute Bezahlung und 30 Jahre nach der Einheit eine einheitliche Arbeitszeit in Ost und West“, fordert Kruse abschließend.

Zum Hintergrund:

Am 19./20. September findet die 2. Verhandlungsrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen (TVöD) statt. Den Vorschlag der Gewerkschaften für eine kurzfristige Lösung, um den Auseinandersetzungen bei Tarifverhandlungen während der Corona-Krise aus dem Weg zu gehen, hat die Arbeitgeberseite bereits vor Monaten abgelehnt. In der 1. Verhandlungsrunde am 1. September legten sie kein Angebot vor. Zusammen mit ver.di fordert die GEW eine Entgelterhöhung von 4,8 %. Außerdem haben die Gewerkschaften die

Angleichung der Wochenarbeitszeit im Osten (40 Stunden) auf das Niveau im Tarifgebiet West (39 Stunden) thematisiert.

Nachfragen möglich unter 0172 –3504386 (Frau Kruse)